



Eigener Erfolg steht auf dem Spiel

Türkei. Zwölf Jahre nach dem Beinahe-Kollaps der Wirtschaft steht das Land am Bosphorus solide da: Die Wirtschaft wächst, die Einkommen steigen und die Staatsfinanzen sind stabil. Allerdings könnten die jüngsten Auseinandersetzungen um den grundsätzlichen Kurs des Landes diese Erfolge ernsthaft gefährden.

Als die neu gegründete islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) im Jahr 2002 an die Macht kam, waren die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Türkei alles andere als gut. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war gerade um fast 6 Prozent eingebrochen

und das Land steckte in einer schweren Finanzkrise, ausgelöst durch das marode Bankensystem. Dies führte zu Kapitalflucht, Hyperinflation, gigantischen Staatsschulden und Kursverlusten der türkischen Lira.

Milliardenschwere Hilfspakete des Internationalen Währungsfonds

retteten die Türkei vor der Staatspleite. Schon Kemal Derviş, Wirtschaftsminister der alten Regierung, brachte harte Sparauflagen und Reformen auf den Weg. Und auch die neue Regierung der AKP setzte – zunächst unter Abdullah Gül und ab 2003 unter dem heutigen Premier Recep Tayyip Erdoğan – den eingeschlagenen Kurs erfolgreich fort (Grafik):

Das reale BIP der Türkei ist zwischen 2002 und 2012 um jahresdurchschnittlich gut 5 Prozent gestiegen.

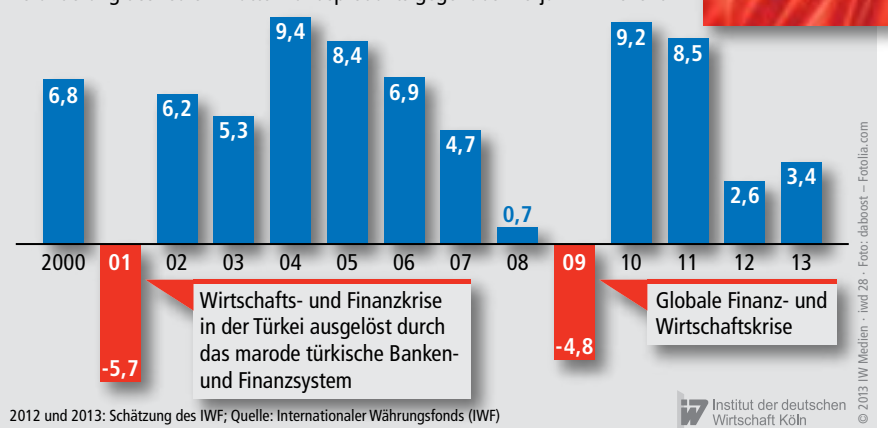
Und auch in Sachen öffentliche Finanzen steht Ankara gut da (Grafik Seite 2):

Die Staatsverschuldung beträgt weniger als 40 Prozent des BIP und das Defizit im laufenden Haushalt liegt bei vergleichsweise moderaten 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Industrie zieht mittlerweile immer mehr ausländische Investoren an. Im Global Competitiveness Index des Weltwirtschaftsforums hat sich die Türkei im Jahr 2012 von Platz 59 auf →

Türkische Wirtschaft boomt

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent



2012 und 2013: Schätzung des IWF; Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF)

Inhalt

Lohnerhöhungen. In den vergangenen Jahren waren die tariflichen Lohnerhöhungen je nach Branche sehr unterschiedlich. Zwischen Industrie und Dienstleistern hat sich eine Kluft aufgetan.
Seite 3

Mittelstand. Der unternehmerische Mittelstand in Deutschland ist ein ökonomisches Schwergewicht. Zu ihm zählen 99,6 Prozent aller Betriebe in der Bundesrepublik.
Seite 4-5

Einkommenssteuer. Die vergangenen Steuerreformen haben die Reichen nur scheinbar entlastet. Trotz der Senkung des Spitzensatzes tragen die Gutverdiener heute einen größeren Teil der Steuerlast.
Seite 6-7

Arbeitskosten. Analog zum mäßigen Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich auch bei der Struktur der Arbeitskosten 2012 nur wenig getan.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Platz 43 verbessert und liegt somit vor Ländern wie Portugal, Ungarn und der Slowakei.

Doch hinter dem wirtschaftlichen Glanz der Türkei verbergen sich noch immer zahlreiche Probleme, die die erreichte Stabilität gefährden können. So ist die Schattenwirtschaft nach wie vor stark ausgeprägt, die Inflationsrate schrammt knapp an einem zweistelligen Wert vorbei und die Arbeitslosenquote liegt bei fast 10 Prozent.

Hinzu kommt, dass die Einkommen in den vergangenen Jahren zwar kräftig gestiegen sind – doch davon haben längst nicht alle Türken etwas: In der Provinz Istanbul beispielsweise verdienen die Menschen im Durchschnitt annähernd dreimal so viel wie in Südostanatolien. Unter

den OECD-Ländern waren im Jahr 2011 nur in Mexiko die Einkommensunterschiede noch größer.

Auch das hohe Leistungsbilanzdefizit und die Abhängigkeit von ausländischen Investoren stellen immer noch ein beachtliches Risiko für die türkische Wirtschaft dar. Die innenpolitische Instabilität ist deshalb so gefährlich, weil sie Investoren nervös werden lässt, was zu Kapitalflucht und damit zu einer ernsthaften Leistungsbilanzkrise führen kann.

Das vielleicht größte Problem aber ist das zunehmende Demokratiedefizit. Die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit, Ausgangspunkt der jüngsten Proteste, lassen sich anhand des World Press Freedom Index veranschaulichen:

Im Jahr 2008 rangierte die Türkei gemeinsam mit Armenien auf Platz 102 von 173 Ländern; 2013 ist das Land bereits auf Platz 154 zurückgefallen und liegt nun in Sachen Pressefreiheit hinter Ländern wie Russland, Afghanistan und Irak.

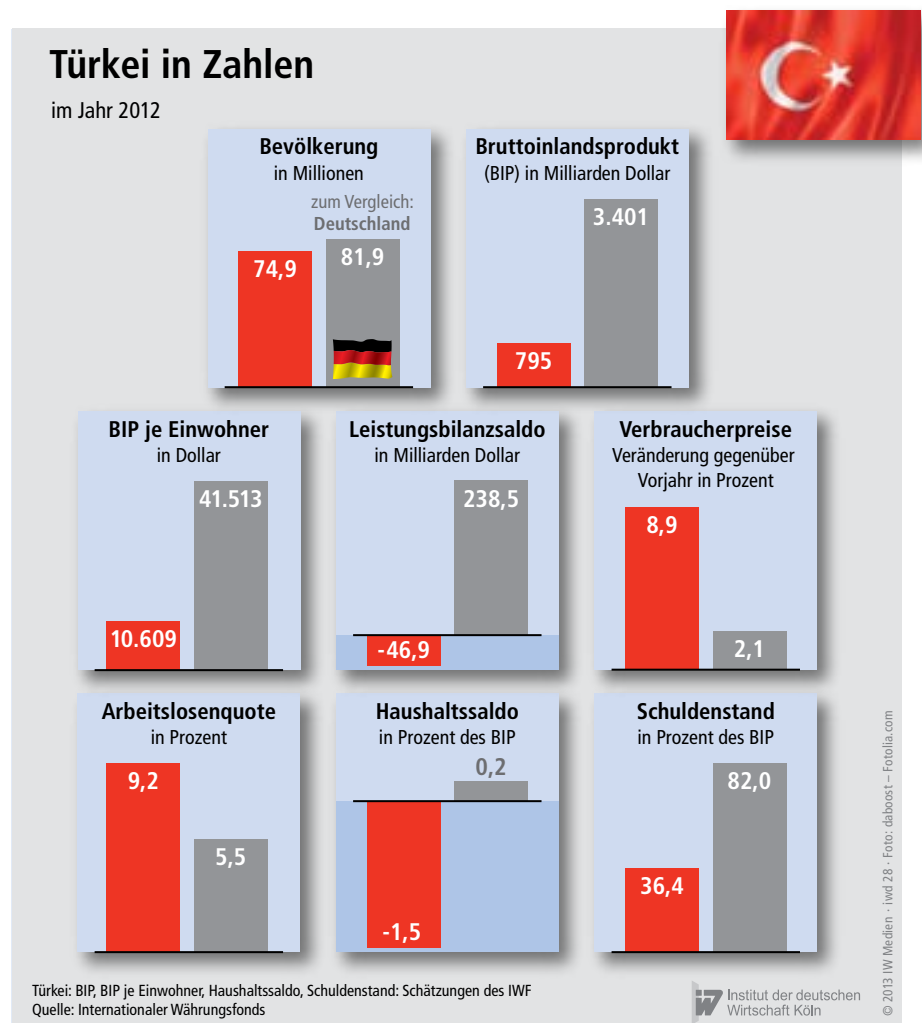
Das Demokratiedefizit ist auch das größte Hindernis für die EU-Mitgliedschaft der Türkei. Das Land hat zwar bereits seit 2005 den Status eines Beitrittskandidaten. Doch im letzten Fortschrittsbericht von Oktober 2012 hat die Europäische Kommission unter anderem kritisiert, dass die Regierung Erdoğan keine Verbesserung der Grundrechte erreicht habe, sondern es sogar zu weiteren Einschränkungen gekommen sei.

Diese Rückschritte sind umso bedauerlicher, weil das Land das Potenzial für eine langfristig stabile Entwicklung hat.

Die türkische Bevölkerung ist konsumfreudig und jung, mehr als die Hälfte ist jünger als 30 Jahre – zum Vergleich: In Deutschland sind es etwa 30 Prozent.

Hinzu kommt die geopolitische Lage der Türkei, die kaum besser sein könnte – das Land ist sowohl in Europa als auch im Nahen Osten ein geschätzter Handelspartner. Seine Funktion als Drehscheibe zwischen Ost und West wird noch gestärkt, wenn die Türkei ihre geplanten Infrastrukturprojekte umsetzt und für eine bessere Anbindung an wichtige Handelspartner sorgt.

Auch wenn Wachstumsraten von über 8 Prozent wohl nicht mehr zu erwarten sind, kann die türkische Wirtschaft auch in den nächsten Jahren kräftig zulegen – das steht und fällt allerdings vor allem mit dem Reformwillen der amtierenden Regierung.



Tarif oder nicht Tarif

Lohnerhöhungen. Früher galt in Deutschland das sogenannte Geleitzugverfahren: Meistens legte die M+E-Industrie als Schlüsselbranche einen Tarifabschluss vor, an dem sich dann mehr oder weniger alle anderen Branchen orientierten. Inzwischen hat sich die deutsche Tariflandschaft aber deutlich verändert.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts sind die tariflichen Lohnerhöhungen von 2005 bis 2012 je nach Branche höchst unterschiedlich ausgefallen – vor allem zwischen Industrie und Dienstleistern hat sich eine Kluft aufgetan (Grafik):

Von den Wirtschaftsbereichen weist der Energiesektor den größten Anstieg der tariflichen Monatsverdienste auf. Dort legten die Tariflöhne um mehr als 21 Prozent zu.

Interessant ist, dass in diesem Wirtschaftszweig Firmentarifverträge dominieren. Durch die Energiewende ist der Verteilungsspielraum bei den Energieversorgern aber kleiner geworden. Entsprechend schwierig gestaltete sich die diesjährige Tarifrunde, bei E.ON und RWE kam es so zu Warnstreiks und Urabstimmung.

Überdurchschnittlich zulegen konnte auch das Verarbeitende Gewerbe, in dem überregionale Branchentarifverträge – sogenannte Flächentarifverträge – die Regel sind. Im Schnitt gab es in der Industrie ein Lohnplus von 19,3 Prozent, allerdings mit einem großen Gefälle zwischen den einzelnen Branchen. Der Spitzenreiter chemische Industrie zahlte 2012 gut 21 Prozent mehr

Tarifloohnerhöhungen: Auf die Branche kommt es an

Anstieg der tariflichen Monatsverdienste in Deutschland von 2005 bis 2012 in Prozent



Lohn als 2005, gefolgt von den M+E-Branchen Elektroindustrie und Fahrzeugbau (je rund 20 Prozent). Am unteren Ende lag mit 9 Prozent die Druckindustrie, die strukturell unter der zunehmenden Digitalisierung der Medien leidet.

Im Dienstleistungssektor war die Lohndynamik schwächer als in der Industrie. Eine Erklärung dafür ist die höhere Kapitalintensität im Verarbeitenden Gewerbe: Sie sorgt für größere Produktivitätsgewinne und damit für mehr Verteilungsspielraum.

Zudem ist die ohnehin geringere Tarifbindung in vielen Dienstleistungsbranchen rückläufig und es herrscht ein harter Lohnwettbewerb. Die Spanne der Tarifzuwächse reicht hier von 16 Prozent im Verkehrsge-

werbe bis zu rund 11 Prozent im Gesundheits- und Sozialwesen.

Bei solchen Lohnvergleichen spielt die Tarifbindung eine wichtige Rolle. Weil viele Unternehmen vor allem bei gesuchten Fachkräften den Tariflohn noch aufstocken, nicht tarifgebundene Betriebe häufig nicht die Tarifloohnerhöhungen übernehmen, weicht der Tariflohn des Öfteren vom tatsächlich gezahlten Lohn, also dem Effektivlohn, ab.

Dennoch lohnt sich ein Tariflohnvergleich, denn die unterschiedliche Branchendynamik kann zu Wanderungsbewegungen führen. Wo Arbeitskräfte knapp werden, so zum Beispiel in der Pflege, müssen die Tarif- und Effektivlöhne langfristig steigen, damit ausreichend Personal angelockt werden kann.

Im Firmen-Puzzle dominiert der Mittelstand

VW, Siemens und die Deutsche Bank gehören nicht dazu. Wohl aber der Einkaufswagenhersteller Wanzl, die Silbermanufaktur Robbe & Berking und der Hundeleinenhersteller Flexi: Der unternehmerische Mittelstand in Deutschland spielt in den Medien zwar meist nur eine Nebenrolle, ist aber weitaus größer, als man denkt – unglaubliche 99,6 Prozent aller Betriebe in der Bundesrepublik sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Bildlich gesprochen heißt das: In einem 250-teiligen Puzzle entfallen auf die KMU 249 Teile

– und nur ein einziges bleibt übrig für die rund 14.000 Großunternehmen.

Der Mittelstand ist in vielerlei Hinsicht ein ökonomisches Schwergewicht. Die 3,6 Millionen mittelständischen deutschen Unternehmen stellen 60 Prozent aller Arbeitsplätze. Rechnet man noch die etwa 4,4 Millionen Selbstständigen und Unternehmer hinzu, die ihre Brötchen in einem kleinen oder mittleren Unternehmen verdienen, beschäftigt der Mittel-

stand sogar 71 Prozent aller Erwerbstätigen. Außerdem absolvieren rund 83 Prozent der Auszubildenden ihre Berufsausbildung in einem mittelständischen Unternehmen.

Stark vertreten ist der Mittelstand vor allem im Handel, im Dienstleistungsgewerbe, im Handwerk und in der Gastronomie. Selbst in der von Großunternehmen dominierten Exportindustrie mischen die Mittelständler über Umwege mit – nämlich als Zulieferer für die Konzerne.

Obwohl sich viele Mittelständler keine eigenen Forschungsabteilungen leisten können, arbeitet knapp ein Viertel aller 350.000 Forscher und Entwickler, die in der Wirtschaft beschäftigt sind, in einem kleinen oder mittleren Betrieb. Insgesamt stellt der deutsche Mittelstand jährlich etwa 8,7 Milliarden Euro bereit, um neue Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln.

Noch mehr Mittelständler als hierzulande gibt es europaweit nur in Italien, Frankreich und Spanien. Dort dominieren allerdings die Kleinstunternehmer, während Deutschland vergleichsweise viele größere Mittelständler mit mindestens 50 und höchstens 499 Beschäftigten vorweisen kann.

Wer zum Mittelstand gehört

Nach deutscher Definition			
	Zahl der Beschäftigten	Umsatz in Euro pro Jahr	Bilanzsumme in Euro pro Jahr
Kleinunternehmen	bis 9	weniger als 1 Million	–
Mittlere Unternehmen	10 bis 499	1 bis 50 Millionen	–
Großunternehmen	500 und mehr	mehr als 50 Millionen	–
Nach EU-Definition			
Kleinstunternehmen	bis 9	bis 2 Millionen	bis 2 Millionen
Kleinunternehmen	10 bis 49	bis 10 Millionen	bis 10 Millionen
Mittlere Unternehmen	50 bis 249	bis 50 Millionen	bis 43 Millionen
Großunternehmen	250 und mehr	mehr als 50 Millionen	mehr als 43 Millionen

Quellen: Europäische Kommission, Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 28

So groß ist der Mittelstand

Anteile mittelständischer Unternehmen in Deutschland ... in Prozent



Stand: 2010, Auszubildende: 2011; mittelständische Unternehmen: mit bis zu 499 Beschäftigten und weniger als 50 Millionen Euro Umsatz; Umsatzgrenze gilt nicht für die Ausbildungsquote und die Forschungs- und Entwicklungsausgaben; Beschäftigte: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft

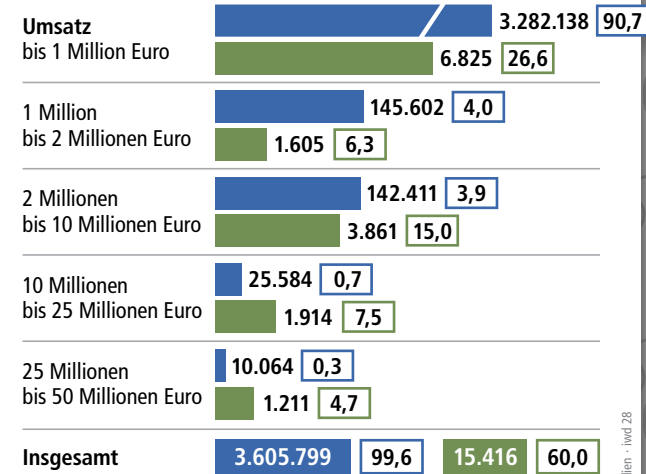
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 28

Kleine Firmen, viele Köpfe

Unternehmen mit höchstens 499 sozialversicherungs-
pflichtig Beschäftigten in Deutschland

- Zahl der Unternehmen □ in Prozent aller Unternehmen
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1.000
- in Prozent aller Beschäftigten



Insgesamt: Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und weniger als 50 Millionen Euro Umsatz; Stand: 2010; Quellen: Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 28

Die Branchen- struktur

in Prozent der Unternehmen

	Klein- unter- nehmen	Mittlere Unter- nehmen	Groß- unter- nehmen
Verarbeitendes Gewerbe	72,0	26,5	1,5
Dienstleistungssektor insgesamt	89,3	10,4	0,3
darunter:			
Grundstücks- und Wohnungswesen	95,3	4,6	0,1
Gastgewerbe	94,3	5,7	0,0
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	92,9	7,0	0,1
Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	91,6	7,6	0,7
Information und Kommunikation	89,5	10,1	0,3
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	88,1	11,5	0,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	82,8	16,6	0,5
Verkehr und Lagerei	81,5	18,2	0,4

Kleinunternehmen: bis zu 9 Beschäftigten und 1 Million Euro Umsatz;
mittlere Unternehmen: 10 bis 499 Beschäftigte und 1 bis 50 Millionen
Euro Umsatz; Großunternehmen: ab 500 Beschäftigte und
50 Millionen Euro Umsatz; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 28

Der Mittelstand in Europa

in Prozent aller kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

	Kleinst- unternehmen	Klein- unternehmen	Mittlere Unternehmen	KMU insgesamt in 1.000
Griechenland	96,5	3,1	0,4	720
Polen	96,3	2,7	1,0	1.571
Portugal	96,0	3,5	0,5	1.087
Tschechien	95,8	3,5	0,7	953
Italien	94,4	5,1	0,5	3.729
Ungarn	94,2	4,9	0,8	548
Frankreich	93,5	5,7	0,8	2.674
Spanien	93,3	6,0	0,7	2.429
Belgien	92,7	6,3	0,9	441
Niederlande	90,0	8,5	1,5	599
Österreich	88,6	9,8	1,6	309
Vereinigtes Königreich	88,3	10,0	1,6	1.672
Dänemark	87,6	10,4	1,9	206
Deutschland	83,8	13,8	2,4	1.897

Stand: 2012; Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte; Kleinunternehmen:
10 bis 49 Beschäftigte; mittlere Unternehmen: 50 bis 249 Beschäftigte
Ursprungsdaten: Europäische Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwv 28



Bitte beachten
Sie auch Thema
Wirtschaft Nr. 135
„Der unternehmerische
Mittelstand“
Bestellung unter:
www.iwmedien.de/
bookshop

Gutverdiener leisten ihren Beitrag

Einkommenssteuer. Auch wenn die Oppositionsparteien gern das Gegenteil behaupten – die Steuerreformen der Vergangenheit haben die Reichen nur scheinbar entlastet. Denn obwohl der Spitzensteuersatz gesenkt wurde, tragen Gutverdiener heute einen größeren Teil der Steuerlast.

Spötter behaupten zwar, man könne die Unionsparteien und die SPD programmatisch nicht mehr voneinander unterscheiden, zumindest für einen Bereich gilt das aber definitiv nicht – in Sachen Einkommenssteuer bieten die Parteien zur Bundestagswahl echte Alternativen. Während die Union die kalte Progression abschaffen, also die Einkommensgrenzen im Steuertarif an die Preissteigerung anpassen will, planen Rot und Grün, den Spitzensteuersatz von bisher 42 und 45 Prozent auf 49 Prozent heraufzusetzen. Bei den Grünen wäre der neue Spitzensteuersatz schon ab einem zu versteu-

ernden Jahreseinkommen von 80.000 Euro fällig, bei der SPD ab 100.000 Euro.

Die Reichen sollten wieder einen größeren Beitrag zum Steueraufkommen leisten – so begründen beide Parteien ihren Reformvorschlag. Doch dieser Wunsch ist längst Wirklichkeit:

Im Jahr 2011 trugen die 10 Prozent der Steuerzahler mit den höchsten Einkommen laut Bundesfinanzministerium 54,6 Prozent zu den gesamten Steuereinnahmen bei – im Jahr 1998 waren es 52,2 Prozent.

Dass der Steueranteil der oberen 10 Prozent in den vergangenen Jah-

ren noch etwas größer geworden ist, hat verschiedene Ursachen: Zum einen sind die hohen Einkommen stärker gestiegen als die niedrigen, und zum anderen haben mehrere Steuerreformen die Verteilung der Steuerlasten beeinflusst.

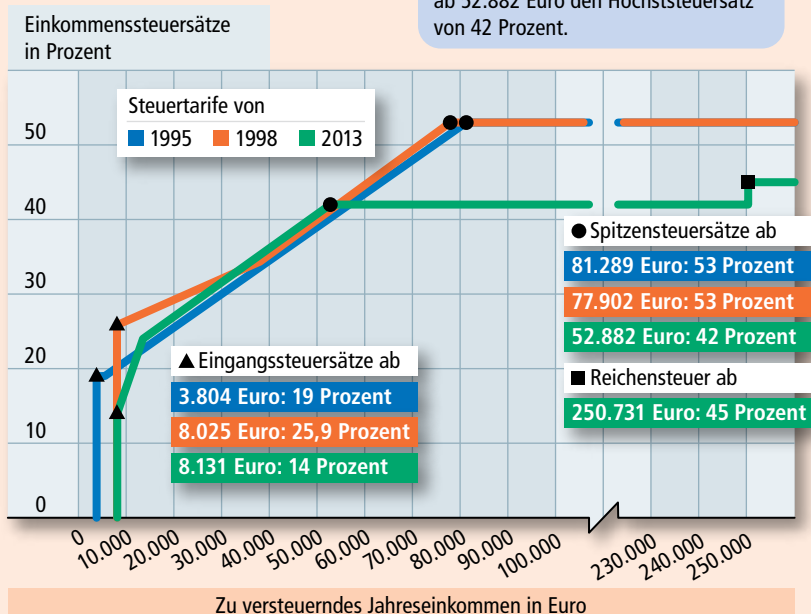
Bevor man entscheidet, ob es wirklich nötig ist, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, sollte man daher die Folgen vergangener Steuerreformen analysieren. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat sich angeschaut, wie die Einkommenssteuerwelt heute aussähe, wenn noch die Tarife von 1995 oder 1998 gälten, nach denen jeweils einschneidende Steuerreformen in Kraft traten:

- **Im Jahr 1996** wurde der Grundfreibetrag auf 6.184 Euro mehr als verdoppelt, weil das Bundesverfassungsgericht zuvor verlangt hatte, das Existenzminimum steuerfrei zu stellen.

- **Ab dem Jahr 1999** verringerte sich der Eingangssteuersatz infolge der rot-grünen Steuerreform bis 2005 schrittweise von 25,9 auf 15 Prozent und der Spitzensteuersatz sank von 53 auf 42 Prozent. Zugleich hat der Gesetzgeber aber die Bemessungsgrundlage erweitert. Die Senkung der Abschreibungssätze zum Beispiel hat für Unternehmer zur Folge, dass sie zunächst höhere Gewinne versteuern müssen.

Um herauszufinden, wie die heutigen Steuerzahler mit den Einkommenssteuertarifen von damals dastünden, müssen lediglich die Einkommenseckwerte wie die Grenze für den Spitzensteuersatz und der Grundfreibetrag an das heutige Preisniveau angepasst werden.

Einkommenssteuer im Vergleich



Steuertarife von 1995 und 1998: Einkommensgrenzen in heutigen Preisen; Quelle: IW Köln

Schon der Verlauf der Steuersätze zeigt die wesentlichen Unterschiede (Grafik Seite 6):

- **Der Tarif von 1995** hat auch in heutigen Preisen den mit Abstand niedrigsten Grundfreibetrag und der Spitzensteuersatz greift am spätesten, nämlich erst ab einem Jahreseinkommen von 81.000 Euro.
- **Der Tarif von 1998** böte heute in etwa denselben Grundfreibetrag wie die aktuelle Einkommenssteuer. Für niedrige Einkommen würden allerdings deutlich höhere Steuersätze gelten als nach dem derzeitigen Tarif, ebenso für die hohen Einkommen ab 54.500 Euro.

Ein wichtiger Effekt der Steuerreformen ist, dass alle weniger Steuern zahlen, auch die Besserverdienenden. Ob jedoch die Verteilung der Steuerlast ungerechter geworden ist, lässt sich erst sagen, wenn man die drei Tarife auf alle heutigen Steuerzahler anwendet und Einkommensgruppen vergleicht. Das Ergebnis ist verblüffend (Grafik):

Trotz der niedrigeren Spitzensteuersätze trägt das oberste Einkommenszehntel nach dem aktuellen Steuertarif voraussichtlich 53,9 Prozent zum diesjährigen Einkommenssteueraufkommen bei – nach dem Tarif von 1998 wären es 53,1 Prozent und nach dem Tarif von 1995 sogar nur 51,5 Prozent gewesen.

Allein das oberste Prozent der Steuerpflichtigen profitiert vom gesenkten Spitzensteuersatz: Der Anteil der absoluten Topverdiener am Steueraufkommen ist gegenüber den 1990er Jahren leicht geschrumpft.

Die mittleren Einkommen vom dritten bis zum siebten Zehntel kommen mit dem Tarif von 2013 deutlich günstiger weg als mit den früheren. Und für die unteren Einkommensgruppen ist es egal, wie die Steuer-

Einkommenssteuer: Topverdiener zahlen heute mehr

Beitrag zur Einkommenssteuer 2013 nach dem Steuertarif des Jahres ... in Prozent

Lesebeispiel: Das oberste Zehntel der Einkommensbezieher trägt im Jahr 2013 nach dem aktuellen Steuertarif 53,9 Prozent zum Einkommenssteueraufkommen bei. Nach dem 1998 geltenden Tarif wären es 53,1 Prozent und nach dem Tarif von 1995 sogar nur 51,5 Prozent.

	1995	1998	2013
Oberstes Zehntel (höchste Jahreseinkommen)	51,5	53,1	53,9
9. Zehntel	15,5	16,0	16,4
8. Zehntel	10,7	10,7	10,8
7. Zehntel	7,9	7,8	7,6
6. Zehntel	6,1	5,8	5,5
5. Zehntel	4,4	4,0	3,6
4. Zehntel	2,7	2,1	1,8
3. Zehntel	1,1	0,5	0,4
2. Zehntel	0,0	0,0	0,0
Unterstes Zehntel (niedrigste Jahreseinkommen)	0,0	0,0	0,0

Einkommenssteuertarif 1995 und 1998: Einkommensgrenzen in heutigen Preisen
Quelle: IW Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 28

kurve verläuft – sie zahlen ohnehin keinen Cent ans Finanzamt.

Es kommt also auf den gesamten Tarifverlauf an: Durch den höheren Grundfreibetrag und den nied-

rigen Eingangssteuersatz sparen die Geringverdiener im Verhältnis noch mehr Steuern, als die Spitzenverdiener durch die Steuersenkung am oberen Ende gewinnen.



+++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Na

bei Ralph Brügelmann, Experte für Finanz- und Steuerpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Herr Brügelmann, welche Folgen hätten die rot-grünen Steuervorschläge für die Verteilung der Steuerlast?

Beide Parteien wollen die Steuerlast stärker auf die hohen Einkommen verlagern und das würden sie auch erreichen. Vor allem die Leistungsträger in den Unternehmen und auch Personenunternehmen selbst müssten deutlich höhere Steuern zahlen.

Und was würde die Abschaffung der kalten Progression bewirken, wie es die Union vorschlägt?


Wenn der Steuertarif an die Inflation angepasst wird, kommt das vor allem Normalverdienern zugute. Denn diese liegen mit ihrem gesamten Einkommen in der Progressionszone, in der der Steuersatz steigt, wenn man mehr verdient.

Nehmen wir an, Sie hätten einen Steuer-Wunsch frei: Was würden Sie am Einkommenssteuertarif ändern?

Das IW Köln befürwortet die Abschaffung der kalten Progression. Sollte darüber hinaus noch finanzieller Spielraum bestehen, wäre die Abflachung des sogenannten Mittelstandsbauchs sinnvoll. Dann würde die Steuerlast mit zunehmendem Einkommen langsamer ansteigen, was ebenfalls der Mittelschicht zugutekäme.

→ Mehr dazu in der iwd-Serie zur Analyse der Wahlprogramme ab August

Struktur bleibt fast unverändert

Arbeitskosten. Im Jahr 2012 zahlten die Unternehmen des westdeutschen Produzierenden Gewerbes für einen Vollzeit-Arbeitnehmer im Durchschnitt erstmals mehr als 60.000 Euro. In Ostdeutschland ist das Kostenniveau noch immer um ein Drittel niedriger. 

Nach dem kräftigen Auf und Ab in den Vorjahren ging es 2012 in der deutschen Wirtschaft ruhig zu – das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs nur um 0,7 Prozent. Entsprechend wenig tat sich auch bei der Arbeitskostenstruktur (Grafik):

- **Westdeutschland.** Die Arbeitskosten je Vollzeiterkraft stiegen im Schnitt um 2,9 Prozent auf 61.200 Euro.

Die Jahresverdienste der Arbeitnehmer legten ebenfalls um 2,9 Prozent zu – was ihnen auch nach Abzug des Preisanstiegs ein Lohnplus von knapp 1 Prozent bescherte.

Bei den Zusatzkosten wurden die Betriebe einerseits entlastet, weil der Krankenstand etwas niedriger aus-

Arbeitskosten: Von Abfindung bis Weihnachtsgeld

im Produzierenden Gewerbe
im Jahr 2012 in Euro je 100 Euro Bruttolohn/-gehalt

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Direktentgelt	74,90	77,80
Vergütung für arbeitsfreie Tage	17,30	16,70
– Urlaub	10,00	9,70
– Bezahlte Feiertage	4,00	3,50
– Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	3,40	3,50
Sonderzahlungen	7,80	5,50
– Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld usw.	7,40	5,20
– Vermögensbildung	0,40	0,30
Bruttolohn/-gehalt	100,00	100,00
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber (einschließlich Unfallversicherung)	19,10	20,40
Betriebliche Altersversorgung	5,70	2,50
Sonstige Personalzusatzkosten (z. B. Ausbildungskosten, Abfindungen)	4,20	3,70
Arbeitskosten insgesamt	129,00	126,60

Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; Westdeutschland: einschließlich Berlin; Direktentgelt: Entgelt für geleistete Arbeitszeit einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen; Bruttolohn/-gehalt: einschließlich Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall; betriebliche Altersversorgung: einschließlich Aufstockungsbeiträgen zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit und Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 28

fiel als 2011 und der Beitragssatz zur Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte sank. Andererseits mussten die Unternehmen aufgrund höherer Beiträge an den Pensionssicherungsverein mehr für die betriebliche Altersversorgung zahlen.

- **Ostdeutschland.** Mit 3,5 Prozent erhöhten sich die Arbeitskosten je Mitarbeiter zwar stärker als im Westen, am Kostenvorteil der Ost-Industrie änderte dies jedoch wenig. Dieser ist unter anderem auf das produktivitätsbedingt niedrigere Lohnniveau zurückzuführen. Die

Kostenstruktur blieb 2012 auch in Ostdeutschland nahezu konstant.

Aktuell reduziert der abgesenkte Beitragssatz in der Rentenversicherung die Arbeitskosten der Industrieunternehmen um etwa 0,2 Prozent. Für die Kostenentwicklung werden damit auch 2013 vor allem die Lohnabschlüsse verantwortlich sein.

Adressaufkleber



aus **IW-Trends**
2/2013

Christoph Schröder:
Die Struktur der Arbeitskosten
in der deutschen Wirtschaft
www.iwkoeln.de/trends

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
(verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Vanessa Dahm,
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann,
Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.